



Stückpreis 10 Pfennig. In Breslau 3 Mark, 10 Pfennig. Abonnement 50 Pf., außerh. 60 Pf. Vierteljahr 12 Pf., 6 Mark 50 Pf. Einlieferungstermin für den Raum einer vollständigen Zeitungs-Nummer 20 Pf., 10 Pf. 50 Pf.

Erhalten: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Verlagsanstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 78. Mittag-Ausgabe.

Siebentundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 16. Februar 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 15. Februar).

11 Uhr. Am Ministerien-Camp, Graf zu Eulenburg, Justizminister und mehrere Commissarien.

Das Haus genehmigt ohne Debatte in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf wegen Vererbung der in Folge der Abtretung der preussischen Provinz an das Reich für die Staatskasse verfügbar gewordenen Geldmittel und geht sodann zur ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst über.

Abg. Wisselind beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission. Diefelbe sei um so notwendiger, als der gegenwärtige Entwurf die fast unveränderte Fassung der im vorigen Jahre eingebrachten Vorlage zeige, somit die zahlreichen und eingehenden Abänderungsvorschläge der Commission vom vorigen Jahre ganz unberücksichtigt geblieben seien.

Abg. Othervath erkennt in der Vorlage die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses. Es sei unumgänglich notwendig, daß der Verwaltung eine Garantie dafür geboten werde, daß diejenigen, die über die wichtigsten und einschneidendsten Fragen des praktischen und wirtschaftlichen Lebens zu entscheiden haben, eine allseitig ausreichende Vorbildung erhalten haben.

Abg. Bernhardt: Es handelt sich in diesem Gesetz hauptsächlich um zwei Fragen: 1) Ist es möglich und den Interessen der Bevölkerung entsprechend, die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten lediglich an die richterliche Vorbildung anzuknüpfen? und 2) wenn man eine besondere Vorbildung für diese Beamten als notwendig anerkennt, soll der ganze Gang dieser Vorbildung fest und bestimmt vorgeschrieben sein, oder genügt es, darüber einige wenige allgemeine Bestimmungen zu geben? Die erste Frage muß entschieden verneint werden. Die juristische und die hier notwendige und geforderte Vorbildung sind so grundverschiedener Natur, daß man den nur juristisch geschulten Beamten mit denselben Rechten zum Vordienste machen könnte, wie zum Verwaltungsbeamten. (Widerspruch.) Auch die Verwaltung ist eine Technik, die erlernt werden muß, und zwar nicht nach den logischen Schlussfolgerungen, wie sie die theoretische Wissenschaft lehrt, sondern aus dem praktischen Leben heraus, aus den Erfahrungen, wie sie der Verwaltungsdienst selbst an die Hand giebt. In diesem Sinne wird die Frage auch durch die gegenwärtige Vorlage entschieden und dieselbe ist daher, da sie ein durchaus gesundes Princip zur Durchführung bringt, als eine zeitgemäße Reform mit Freuden zu begrüßen. Im Einzelnen muß insbesondere die Verschärfung des Examinens als eine wertvolle und notwendige Bestimmung anerkannt werden. Das dreijährige juristische Studium ist ja in der That ein sehr kurzes; es indes seine Verlängerung auf 5 Jahre eine wirksame und empfehlenswerte Maßregel sei, darüber läßt sich streiten. Mancher leidet in 3 Jahren sehr viel, Mancher in 4 Jahren gar nichts. (Sehr wahr! Heiterkeit.) Man kann von einer Begrenzung der Zeitdauer des Studiums völlig absehen, wenn man nur das Examen hinlänglich verschärft. Die in dieser Vorlage geforderte Prüfung wird die wohlthätige Folge haben, daß für den betreffenden Beamten, auch während er sich lediglich im praktischen Dienst bewegt, ein zwingendes Motiv erlisst, sich mit den Lehren der Wissenschaft eingehend zu beschäftigen, die sich ja so vielfach und eng an das praktische Leben anschließen.

Abg. v. d. Goltz: Die Bedürfnisfrage in Bezug auf dieses Gesetz wird wohl allseitig bejaht. Als sehr bedenklich erscheint aber die völlige Gleichstellung der Landräthe mit allen übrigen höheren Verwaltungsbeamten, die als durchaus unangemessen erscheint. Offenbar müssen jetzt an einen Landrath bei weitem höhere Anforderungen gestellt werden, als das früher notwendig war. Es ist daher die alte Praxis durchaus zu verwerfen, daß Leute, die weiter nichts haben als einen Grundbesitz im Kreise, ohne Weiteres als befähigt erachtet werden, die Stellung eines Landrates einzunehmen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung aber hat noch in allerletzter Zeit Leute, an deren sonstiger Befähigung sehr erhebliche Zweifel obwalten, nur deshalb, weil sie Grundbesitzer des betreffenden Kreises waren und vom Kreisrathe präsentirt wurden, zu Landräthen ernannt. Ich kann hier keine Namen nennen, habe aber concrete und sehr bekannte Fälle im Auge. Der Landrath spielt unzweifelhaft eine sehr traurige Rolle, wenn er im Ausschusse Leute neben sich hat, die bei weitem befähigter sind als er. (Sehr wahr! links.) In dieser Beziehung ist also eine Abänderung der Vorlage dringend wünschenswerth.

Abg. Windthorst (Vielele): Dieser Entwurf war bekanntlich bereits im vorigen Jahre und zwar in fast unveränderter Fassung dem Hause vorgelegt worden. Die Regierung aber hat sich nicht veranlaßt gesehen, auch nur mit einem Worte, selbst nicht in den Motiven, davon Notiz zu nehmen, daß bereits eine Generaldiscussion darüber im Hause stattgefunden und die Commission eine Arbeit geleistet hat, die in sehr wesentlichen Punkten von der Regierungsvorlage abweicht. Aus dieser höchst eigenthümlichen Thatsache läßt sich die Folgerung ziehen, daß die Regierung gar nicht die Neigung habe, das Gesetz in irgend einer Fassung zur Thatsache werden zu lassen. Die Majorität wird sich ebenso wie im vorigen Jahre erkennen und durch ihre Beschlüsse ausdrücken, daß der Entwurf in dieser Fassung, wenn er nicht wesentlich geändert wird, absolut unannehmbar ist. Insbesondere wird das gerade von einem Vorredner so sehr gelobte Examen für uns ein Hindernis sein, die Vorlage anzunehmen, denn wir können darin nichts anderes erblicken, als ein Examen, dazu gemacht, um mißliebige Elemente, denen nicht Mangel an Befähigung entgegensteht, sondern die aus anderen Gründen nicht in die hohen Regierungskreise zugelassen werden sollen, durch einen Machtspruch des Regierungs-Präsidenten zu beseitigen. (Sehr richtig! links.) Bei der Specialberatung werden wir jedenfalls die eine Cardinalfrage zu prüfen haben, ob einerseits auf den Landrath, andererseits auf die Abtheilungs- und Regierungspräsidenten diese Bestimmungen des Gesetzes angewendet und ausgedehnt werden sollen. Dem Antrage auf Ueberweisung an eine Commission kann auch ich mich nur anschließen.

Abg. v. Bonin: Durch die wiederholte Einbringung dieser Vorlage ist der feste Einspruch der Regierung constatirt, in Uebereinstimmung mit der Majorität des Hauses diese wichtige Frage endlich zu einem definitiven und befriedigenden Abschlusse zu bringen. Der Vorwurf des Vorredners, daß es der Regierung mit diesem Abschlusse nicht Ernst sei, ist daher in keiner Weise gerechtfertigt.

Finanzminister Camphausen: Gegen die Annahme des Abg. Windthorst, daß es der Regierung wohl nicht völliger Ernst damit sei, dieses Gesetz perfect werden zu lassen, muß ich Erinnerung einlegen. Ich muß doch bitten, Beschlüsse einer Commission nicht zu identificiren mit Beschlüssen des Plenums des Hauses, am wenigsten dann, wenn, wie wir es im vorigen Jahre erfahren haben, daß der Bericht der Commission sofort zur Stellung einer großen Zahl von Abänderungsanträgen Veranlassung gab. Wir würden sehr leicht einen verhängnisvollen Abbruch dieser wichtigen Frage und sind überzeugt, daß eine Verständigung darüber mit den Wünschen der Majorität des Hauses nicht im Bereiche der Unmöglichkeit liegt.

Abg. Mühlendick erklärt, das Gesetz annehmen zu können, wenn die §§ 5 und 6, die über das Examen handeln, gestrichen werden.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und die Vorlage einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer Wegeordnung.

Abg. Frhr. v. Heeremann: Ich glaube, der Herr Minister hat dem allgemeinen Wunsche dieses Hauses und des ganzen Landes entsprochen, indem er die Wegeordnung von Neuem vorgelegt hat. Die Auffassung über die Verwaltung der Wege ist in den verschiedenen Provinzen eine total verschiedene und es bestehen noch in einzelnen Fällen ganz absonderliche und veraltete Bestimmungen, wie z. B. in meiner Provinz, wo noch eine veraltete Bestimmung aus dem vorigen Jahrhundert existirt. Im vorigen Jahre hat die Commission den Entwurf schon sehr eingehend beraten und es ist von dem Collegen Wisselind ein ausführlicher und klarer Bericht gegeben worden, so daß wohl kaum ein neuer Punkt in diesem Jahre hinzugefügt werden könnte, wenn auch die alten Bedenken bestehen geblieben sind. Die allgemeine Frage steht sehr leicht aus: es soll mit dem Gesetze die Herstellen

lung möglichst vieler Wege erreicht und eine möglichst gerechte Vertheilung der Wegebaulasten erzielt werden; und zunächst will sich die Vorlage nur auf die öffentlichen Wege beziehen. Aber da vermisse ich sofort jede Definition, was unter einem öffentlichen Wege zu verstehen sei. Allerdings ist sie ungemein schwierig und am besten, die Entscheidung darüber der Praxis zu überlassen; aber es würde doch wenigstens eine Umschreibung der Begriffe notwendig sein, wenn man nicht der Willkür völlig freien Spielraum geben will. In Hannover ist ein öffentlicher Weg definitiv als ein solcher, welcher zum allgemeinen Gebrauche bestimmt ist und nicht durch Privatrecht entzogen werden kann. Es ist dies eine sehr kurze und einfache Erklärung, aber sie genügt mir auch noch nicht ganz; ich denke, die Commission im Verein mit der Regierung wird einen glücklichen Gedanken auffassen, um hierin eine hinreichende Bestimmung eintreten zu lassen.

Mit dem Princip der Vorlage, daß zunächst die Gemeinden herangezogen werden, bin ich durchaus einverstanden, sowie ich auch die Bildung größerer Verbände nur beifürworten kann, weil hierdurch die Leistungsfähigkeit erhöht wird und der Bau eines öffentlichen Weges von weiteren Gesichtspunkten aus zu Stande kommt; aber andererseits wird hierbei vor Allem darauf zu sehen sein, daß eine Gleichartigkeit der Interessen in den so vereinigten Gemeinden statthabe, damit nicht das Zusammenwirken und die Einmüthigkeit des Handelns durch Neid und Mißgunst gestört werde; und ich möchte deshalb bei der Bildung der Verbände jeden Zwang ausgeschlossen sehen. Ich komme auf ein weiteres Moment, welches im § 10 enthalten ist, die Baulast der Kreise. Der erste Absatz des § 10 lautet: „Betreffs derjenigen öffentlichen Fahrwege, welche einem über die bloß lokalen Verbindungen hinausgehenden größeren Verkehrs zu dienen bestimmt sind, geht die Baulast auf den Kreis über.“ Ja, das scheint mir aber die Definition darüber, welche öffentlichen Wege über den Bereich bloßer localen Verbindungen hinausgehen, theoretisch ganz unmöglich zu sein, und was die Praxis anbetrifft, so läuft ja schließlich jeder Localweg in einen größeren Weg aus und dient somit ebenfalls dem größeren Verkehr. Einen Zwang kann ich hier ebensowenig billigen, wie bei dem vorhergehenden Punkte, und ich glaube, daß eine derartige Zwangsbestimmung besonders im Westen eine sehr große Unzufriedenheit herbeiführen wird. Den weiteren Gedanken des Gesetzes, die Chaussees hier auszunehmen und sie den Kreisstraßen beizufügen, halte ich für einen durchaus richtigen; zu den öffentlichen Wegen soll jede einzelne Gemeinde herangezogen werden, eine derartige Verpflichtung darf aber nicht in Bezug auf die Chaussees bestehen. Nach dem § 13 sind die Regulativen über die Beschaffenheit der Gemeindegassen und Kreisstraßen von dem Ober-Präsidenten aufzustellen. Hiermit kann ich mich nicht einverstanden erklären; nach meiner Auffassung ist das doch wohl die Aufgabe der Provinzialstände.

Es ist allerdings der Oberpräsident hier im Hause im Gegensatz zum Regierungspräsidenten eine populäre Persönlichkeit; jener ist aber ebenso eine bürocratische Person, wie dieser, und ich kann ihm die erwähnte Competenz nicht zugetheilen. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß es am besten wäre, einige allgemeine Gesichtspunkte aufzustellen und auf diesen das Gesetz aufzubauen, aber im Uebrigen alles Einzelne den Regulativen zu überlassen. Es treten im Einzelnen eine solche Menge von Schwierigkeiten auf, und es schlägt keine Frage direct in das Gebiet der Selbstverwaltung, wie der Wegebau, daß man die Entscheidung sehr gut den Provinzen überlassen könnte. Hat doch die Regierung dies principiell anerkannt, indem sie denselben die Chaussees übergab. Besonders ist aber zu berücksichtigen, daß bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen, die sich vor allem in Westfalen dem ganzen Osten gegenüber geltend macht, die Provinzen selbst am ersten im Stande sein werden, den dort vorherrschenden Bedürfnissen zu genügen. Hierzu kommt noch, daß die Provinziallandtage wirtschaftliche Veranlassungen sind, während wir hier eine politische Veranlassung bilden, und ich glaube, daß jene weit eher eine Einigung in Bezug auf die Nothwendigkeit des Vorgehens erzielen werden. Es muß überhaupt der Selbstverwaltung ein viel freierer Spielraum gelassen werden, und namentlich darf den Regierungsbehörden kein Recht zum Zwange der Verwaltungsbehörden zustehen, der, wie ich mich überzeugt habe, in Wahrheit angerechter Weise von jenen bisher gehandhabt worden ist, so daß z. B. ein Mitglied dieses Hauses und durch das allgemeine Vertrauen zum Schriftführer desselben gewählt, nicht einmal für würdig befunden wurde, Magistratsmitglied einer kleinen Stadt zu werden. (Hört!) Ich beantrage, die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Wisselind: Es giebt wohl kaum eine Gesetzesvorlage, welche so lange einer Durcharbeitung bedurft hat, wie die jetzige, die seit dem Jahre 1862 in beständiger Umbildung begriffen ist. Ich hoffe, daß nach den eingehenden Untersuchungen in der Commission des vorigen Jahres und bei dem Streben, die Vorlage zur Verwirklichung zu bringen, das Gesetz endlich in diesem Jahre zu Stande kommen werde. In Bezug auf die Nothwendigkeit einer Definition des Begriffes „öffentlicher Weg“, sowie einer Erweiterung der Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane bin ich mit dem Vorredner einverstanden, doch kann ich seiner Auffassung über die Kreisstraßen nicht beitreten. Bei der Specialberatung wird es sich wesentlich darum handeln, in wie weit die Rechte der Selbstverwaltung auszuheben seien, es wird sich ferner darum handeln, ob einzelne Forderungen der Kreise, die schon theilweise in Petitionen dem Hause vorliegen, Berücksichtigung finden können, und endlich wird es sich darum handeln, Vorschläge zu fertigen, welche sich wesentlich an die §§ 41, 68 und 69 anknüpfen. Der Ueberweisung des Entwurfs an eine Commission stimme ich zu, doch habe ich mich im vorigen Jahre überzeugt, daß der Apparat für die Beratung ein zu großer ist und ich möchte deshalb eine Commission von 14 Mitgliedern als hinreichend für den beabsichtigten Zweck beantragen.

Abg. Witt begt gegen die Vorlage die ernstesten Bedenken, weil er von derselben eine finanzielle Ueberlastung einzelner Landestheile fürchtet. In der Provinz Posen bestrehe sich jetzt keine bestimmte Wegeordnung und deshalb sei auf Grund des Allgemeinen Landrechts die Regierung zur Unterhaltung der Landstraßen und Brückenbauten verpflichtet. Durch Einführung der Wegeordnung würde die finanzielle Verpflichtung mit einem Federstrich beseitigt und die auf 40,000 Taler jährlich sich lautende Belastung auf die Schultern der Gemeinden gewälzt. Eine solche Pflicht, die geeignet sei, die Dotation der Provinz zum großen Theile zu absorbiren, erscheint um so ungerechtfertigter, als daß in den übrigen Provinzen vorhandene Correctiv der Selbstverwaltungsorgane in der Provinz Posen fehle und die Entscheidung statt in der Hand der Kreisräthe in die Hände der Landräthe gelegt werden solle. Die Commission werde diese Bedenken hinsichtlich der ernsten Erwägung ziehen und auf deren Befriedigung Bedacht nehmen.

Abg. Graf Winklerode schließt sich diesem Wunsche an. Nicht allein in der Provinz Posen, sondern auch in Sachsen wurde durch die Einführung der vorliegenden Wegeordnung die bisherige finanzielle Pflicht zur Unterhaltung der Landstraßen auf die Gemeinden übertragen. Ein solches Vorgehen sei unerhört. Jedenfalls dürfe man verlangen, daß die Oberbehörden so weit respectirt werde, daß man den Gemeinden eine mächtige Entschädigung gewähre. Auch andere, gegen die vorjährige Vorlage abgeänderte Bestimmungen forderten zur reiflichen Erwägung heraus. So bestimme § 62, daß durch die den Verwaltungsgerichten zustehende Entscheidung in Wegebaulasten die nach dem Expropriationsgesetz und nach dem Eisenbahngesetz der Landespolizeibehörde und dem Handelsminister zustehenden Befugnisse in Eisenbahnangelegenheiten nicht berührt werden sollen. Diese Bestimmung scheine lediglich dazu dienen zu sollen, ein Privilegium für die Eisenbahnen zu schaffen, indem man diese der Competenz der Verwaltungsgerichte entziehe. Ein anderer Punkt, den die Commission reiflich erwägen müsse, sei im § 72 enthalten, wonach diejenigen öffentlichen Wege, die nach dem vorliegenden Gesetz von einem Verpflichteten auf einen anderen übergeben, von jenem zuvor nach Maßgabe der bisherigen Unterhaltungsweise in Stand gesetzt werden müssen. Die bisherige Unterhaltungsweise sei nun eine fast durchweg schlechte gewesen, und es sei gerade der Zweck des Gesetzes, hier eine Besserung herbeizuführen. Durch § 72 werde jedoch ein Privilegium für eine schlechte Unterhaltung geschaffen. Dem Wunsche nach einer klaren Definition des Begriffes „öffentlicher Weg“ müsse er sich anschließen, damit endlich die vielfachen Zweifel über die Interpretation desselben ausgeschlossen werden.

Handelsminister Achenbach bestreitet, daß die Uebertragung der fiskalischen Verpflichtung auf die Gemeinden etwas so Unerhörtes sei. Jene fiskalische Verpflichtung beruhe auf allgemeinen Landesgesetzen insbesondere auf dem Landrecht; wenn man durch Einführung der Wegeordnung diese Grundlage jetzt beseitige, so verleihe es sich von selbst, daß die Last den Gemeinden zufalle. Es sei dies ein einfacher Hergang der Gesetzgebung, der allerdings hier und da zu Härten gegen einzelne Landestheile führen könne. Die von dem Vorredner aus § 62 hergeleiteten Bedenken seien unbegründet; der Paragraph beabsichtige nicht, die Eisenbahnen der Competenz des Verwaltungsgerichtes zu Gunsten des Handelsministers zu entziehen. Sollte der Vorlaut zu einer solchen Anlegung Veranlassung geben, so werde die Regierung gern bereit sein, einem Antrage, der diese Dunkelheit beseitige, zuzustimmen. Der bemängelte § 72 habe keineswegs eine Tragweite, die der Vorredner ihm beilege. Er wolle nicht bestimmen, daß ein im schlechten Zustande befindlicher Weg schlecht bleibe, sondern nur, daß der Charakter des Weges nicht verändert werde, daß also ein Gemeindegeweg nicht zu einem Kreiswege gemacht oder ein bis zur Uebergabe Seitens des bisherigen Verpflichteten an seinen Rechtsnachfolger ungepflegter Weg von dem ersten gepflegt werden müsse. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß die diesjährige Commissionsberatung endlich das wiederholt in Angriff genommene Werk frönen möge.

Abg. v. d. Goltz bedauert, daß man bei der Revision der vorjährigen Vorlage zwar vielfach den Wünschen der Provinzialbehörden Rechnung getragen, dagegen die Provinziallandtage gänzlich unberücksichtigt gelassen habe. So erkläre sich die Wiederholung des in der vorigen Vorlage gemachten Fehlers, daß der Gesetzentwurf in allen Theilen die entschiedenste Abneigung der Regierung zeige, den Selbstverwaltungsorganen das ihnen gebührende Recht bezüglich der Aufsicht über den Wegebau einzuräumen. Es werde deshalb eine der Hauptaufgaben der Commission sein müssen, diesen Fehler, der in einer ganzen Reihe von Bestimmungen, z. B. in den §§ 27, 43, 60 u. a. hervortrete, zu beseitigen.

Abg. Windthorst: Der Wunsch, das Gesetz in dieser Session zu Stande zu bringen, wird gewiß von allen Seiten des Hauses getheilt werden. Ein großer Mangel der Vorlage ist aber die Beibehaltung der sehr zahlreichen älteren gesetzlichen Bestimmungen; besonders machen die §§ 28, 29, 30 in ihren wiederholten Verweisungen auf dieselben einen ganz eigenthümlichen Eindruck. Viele dieser Bestimmungen sind bereits heute veraltet, ein anderer Theil von ihnen ist einer Reform dringend bedürftig. Unter diesen Umständen hätte die Regierung die Mähe nicht scheuen sollen, diese Gesetzesbestimmungen selbst einer Revision zu unterziehen. Da diese unterblieben ist, so wird der Commission nichts übrig bleiben, als die Arbeit selbst zu thun, und wird sie sich hoffentlich Angesichts der großen und dankenswerthen Aufgabe, welche ihr und dem Hause obliegt, die allerdings schwere Mähe nicht bedriegen lassen.

Abg. Magdzinski schließt sich den Ausführungen des Abg. Witt bezüglich der Verhältnisse in der Provinz Posen an. Die Härte, welche die unveränderte Durchführung des Gesetzes dort für Gemeinden und Kreise zu Folge haben würde, würde um so lebhafter empfunden werden, als die meisten Kreise daselbst tief verschuldet sind.

Nachdem auch Abg. Lutteroth die Verweisung an eine Commission von 28, beziehungsweise 21 Mitgliedern befürwortet, wird der Entwurf einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Die Tagesordnung ist hiermit erledigt.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Zweite Lesung der Etats der Domänen, Forsten, directen und indirecten Steuern, der Justiz- und der Selbstverwaltung u. s. w.)

Abg. v. Denzin kündigt den Antrag an, den Bericht der Enquete-Commission über das Eisenbahn-Concessionswesen zum Gegenstande einer Plenarberatung zu machen, und wird ihn der Präsident für diesen Fall auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.

Berlin, 15. Februar. [Mittliches.] Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung des Ritterkreuzes des königlich sächsischen Albrechts-Ordens: dem herzoglich braunschweig-lüneburgischen Forstmeister und Kammer-Rath Dommes zu Oels; des kaiserlich österreichischen Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse: dem Landrath Popl zu Ratibor; des kaiserlich österreichischen Goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone: dem Kaufmann Erich Schneider zu Liegnitz ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Oberpfarrer Adolf Friedrich Pfeiffer in Lützenwalde zum Superintendenten der Diocese Lützenwalde, Regierungs-Bezirk Posen ernannt.

Berlin, 15. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag im Beisein Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, commandirenden Generals des Garde-Corps, sowie des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Madai, des Chefs der Admiralität, Generals der Infanterie v. Stosch, sowie des Chefs des Militär-Cabinetts, Generalmajors v. Albedyll.

[Beide kaiserliche Majestäten] erschienen gestern Abend auf dem Feste des königlich großbritannischen Botschafters. (Reichsanz.)

o Berlin, 15. Februar. [Die Eisenbahnfrage.] Die Fortbildungsschulen. — Herr von Hardenberg.] Wenn an dieser Stelle gestern vor den zu erwartenden Detailmittheilungen über die Behandlung der Eisenbahnfrage in der Staatsministerial-Sitzung vom Sonnabend gewarnt wurde, so hat diese Warnung rasch ihre Rechtfertigung gefunden: In Correspondenzen aus Botschaften finden sich heute Angaben über jene Angelegenheit vor, die offenbar den Thatsachen nicht entsprechen. Es ist daher am Platze, wiederholt zu versichern, daß im Staatsministerium bisher nur eine grundsätzliche Verständigung über die Behandlung der Eisenbahnfrage stattgefunden hat, daß aber eine Beschlußnahme erst auf Grund eines nach technischen Grundfragen ausgearbeiteten Entwurfs erfolgen soll. — Die Minister des Innern, des Cultus und der landwirtschaftlichen Angelegenheiten haben einen Circular-Erlaß an die Oberpräsidenten sämtlicher Provinzen erlassen, welcher die Gründung ländlicher Fortbildungsschulen anregt. Danach sollen besonders die Kreisverbände zur Erwägung und Förderung dieser für das Wohl der ländlichen Bevölkerung so wichtigen Angelegenheit herangezogen werden. Dem Circular-Erlaß sind allgemeine Grundzüge für die Errichtung der Fortbildungsschulen selbst beigegeben. — Der bisherige Regierungs-Präsident Freiherr von Hardenberg in Cassel hat bekanntlich nach der Neubestellung des Ober-Präsidenten daselbst seinen Abschied erbeten, inzwischen aber die Vertretung des Ober-Präsidenten fortgesetzt. Die Entlassung aus dem Staatsdienste ist jetzt unter Verleihung des Kronenordens 2. Klasse mit dem Stern erfolgt. Herr von Hardenberg war bekanntlich im Jahre 1866, bis wohin er als Landrath eines sächsischen Kreises fungirte, bei der Occupation von Hannover dem militärischen Oberbefehlshaber als Civil-Gouverneur beigegeben. Er führte dann unter dem späteren Generalgouverneur von Hannover die Civilverwaltung fort. Als bei der definitiven Organisation der Provinz Hannover die Leitung der Verwaltung auf den Oberpräsidenten überging, kam Herr v. Hardenberg als Vicepräsident nach Cassel und auf diesem Posten wurde ihm später der Charakter als Präsident verliehen. Daß er sich in seinem Wirkungskreise lebhaft Sympathien erworben, dafür spricht die Thatsache, daß von

Selten eines großen Theiles der Communalstände an den König das Gesuch gerichtet worden, Herrn von Hardenberg die erledigte Ober-Präsidentenstelle zu verleihen. Wenn diesem Gesuche auch nicht Folge gegeben werden konnte, so legt doch die Art der Entlassung dafür Zeugniß ab, daß die Verdienste des Herrn von Hardenberg auch von Seiten der Regierung die gebührende Anerkennung gefunden haben.

Berlin, 15. Febr. [Die Conservativen gegen die liberalen Gründer. — Vorlagen an das Abgeordnetenhaus.] Die Fraction der Altconservativen im Abgeordnetenhaus hat durch ihren Wortführer, den Abg. v. Denzin, veranlaßt, daß sie den vorjährigen Bericht der königl. Eisenbahn-Untersuchungs-Commission auf die Tagesordnung zu stellen, beantragen wird. Der Antrag kommt nicht unerwartet. Er bildet ein Glied in der Kette jener Wandvor, die seit dem Erscheinen der berüchtigten Finanzartikel der „Kreuzzeitg.“ die Conservativen in Athem gehalten haben. Nach ihrer Auffassung soll der Bericht der Untersuchungs-Commission ebenfalls Material zur Verfolgung der Liberalen enthalten, als er den Stoff zur Incrimination der Conservativen geliefert hat. Man ist einigermaßen gespannt auf die formelle Begründung des Antrages der Conservativen, weil es sich hier nicht um einen bloßen Rechenschafts-Bericht der parlamentarischen Mitglieder der Untersuchungs-Commission (Abg. Lasker und v. Köller), sondern um die eigentliche Absicht handelt, welche die Conservativen zur Heranziehung der Berichte aufgefordert hat. — Im Abgeordneten-Hause ist nämlich kaum auf irgend einer Seite das Bedürfnis hervorgetreten, den außerordentlich umfangreichen Bericht der Untersuchungs-Commission zum Gegenstande des Studiums zu machen. Der Abg. v. Denzin und seine vier Fraktionscollegen werden schwerlich aus dem dickleibigen Bericht eine so große Summe von Erfahrungen gezogen haben, um damit die Eisenbahngesetzgebung bereichern zu wollen. Es handelt sich somit um die Absicht, im Abgeordneten-Hause die Plankontrollen für das Vorpostengesetz zu entwickeln, um dann im Herrenhause die eigentliche Schlacht gegen die liberalen Gründer zu schlagen. Was dabei für die im vorigen Jahre compromittirten hochgeborenen Gründer herausgeschlagen werden kann, wird von den Conservativen gewiß versucht werden. Wird in dieser Richtung kein Resultat erzielt, so gehen mindestens die Liberalen nicht weiß gewaschen aus der schmutzigen Wäsche hervor. Die Rechnung der Feudalen ist aber ohne die Majorität des Abgeordneten-Hauses gemacht worden und es ist fraglich, ob diese geneigt sein wird, den persönlichen Fragen, welche die parlamentarische Zeit schon genug in Anspruch genommen hat, noch mehr Spielraum zu gewähren. Wie wir an dieser Stelle schon einmal gesagt, werden sich die Fractionen des Abgeordneten-Hauses über diese und die einschlagenden Fragen demnächst schlüssig machen. Wir glauben auf Grund unserer Informationen nicht zweifeln zu dürfen, daß die liberalen Parteien nicht ansetzen werden, auf die Provocation der Conservativen einzugehen. Jedenfalls ist der Abg. Lasker entschlossen, den Reinigungsproceß wieder aufzunehmen, zu welchem er im vorigen Jahre einen so glücklichen Anstoß gab. — Die Zahl der Vorlagen, welche dem Abgeordneten-Hause zugehen werden, mehren sich dermaßen, daß die unter den Abgeordneten angenommene Sessionsdauer bis Ostern jedenfalls hypothetisch erscheint. Eine Aufzählung der gesetzgeberischen Arbeiten halten wir für überflüssig, weil es sich zunächst um jene Gesetzentwürfe handelt, deren Vorlage ursprünglich angekündigt und später dementirt wurde. Dazu gehört u. A. das Gesetz über die Provinz Berlin. Die neuere Ausarbeitung der Entwurfs ist nicht maßlos gewesen. Was in Bezug auf das Verwaltungsgericht in Potsdam, die Organisation der Straßenpolizei u. d. in den Entwurf aufgenommen wurde, erfüllt einen Theil der Ansprüche, welche in der Commission gemacht worden sind. Ebenso wird angekündigt, daß die Städteordnung demnächst an das Abgeordnetenhaus gelangt.

(N.-L. C.) [Ludwig Bamberger.] Eine größere Zeitung hat aus dem Glatzischen Buch die Scandalosa gegen einzelne Abgeordnete reproducirt und in bekannter Manier hinzugefügt, es solle den Betreffenden Gelegenheit gegeben werden, zu widersprechen. Ein Beispiel, wie diese Möglichkeit von der in diesen Artikeln machenden Presse verstanden wird, erlebte jüngst der Abg. Bamberger. In Nr. 51 der „Gartenlaube“ von 1875 hatte Glatz einen Louis Bamberger als Gründer einer Brauerei angeführt. Ein Localblatt seines Wahlkreises druckte die Stelle als auf ihn bezügliche ab. Der Abg. Bamberger erhob Einspruch bei dem betr. Localblatt und fand Abhilfe. Gleichzeitig wendete er sich an den Verleger der „Gartenlaube“, erhielt aber von demselben keine Antwort. Dagegen erschien in Nr. 3 der „Gartenlaube“ dieses Jahres eine Briefkastennotiz, in der einem wahren oder fingirten A. M. in R. geantwortet wird: Der Brauerei-Gründer Louis Bamberger habe nichts gemein mit dem Abgeordneten Dr. Ludwig Bamberger.

Ob eine Berichtigung in dem am Schluß in Kleinschrift stehenden Briefkasten eine correcte Berichtigung auf eine Zweideutigkeit in einem vom Publikum verfallenen Hauptartikel liefert, dürfen wir dem Urtheil des Lesers überlassen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes mußte der Beschädigte noch mit diesem Alimosen zufrieden sein. Wer je einmal den Rechtsweg in diesen Dingen betreten hat, weiß, wie schwer es in solchen Fällen gelingt, zum Recht zu kommen. Man hört Klagen darüber, daß die Abgeordneten die Redefreiheit des Reichstags gebrauchen, um ihre Verleumdungen zurechtzuweisen. Es fehlt gerade noch, daß ihnen auch dies Mittel genommen würde! Der Skandalpresse stehen sie hilflos gegenüber. Derselbe Abg. Bamberger hat schon vor Jahren im Reichstag erklärt, daß er seit seinem Eintritt in den Reichstag dem geschäftlichen Leben, aus dem er bereits 1867 sich zurückzog, ganz fern steht, seit seiner Rückkehr nach Deutschland überhaupt, außer in einem einzigen Fall, bei dem er Ende der sechziger Jahre wegen seiner Specialkenntnis um Mitwirkung angegangen wurde, mit geschäftlichen Unternehmungen nicht in Berührung gekommen ist. Dieser einzige Fall war nämlich die Entziehung der „Deutschen Bank“, zu deren Organisation er wegen seiner Erfahrungen im überseeischen Geschäft herangezogen wurde, aus deren Verwaltung er aber bei seinem Eintritt in den Reichstag ausschied, weil er den politischen Feinden — freilich vergebens — jeden Verdächtigungsgrund nehmen wollte.

[Beunruhigungen.] Der „Staatsanz.“ schreibt: Wir halten für unsere Pflicht, von den wieder beginnenden Beunruhigungen Act zu nehmen, wo sie sich zeigen. Aus diesem Grunde geben wir einen Auszug eines Berliner Briefes der „Agence Havas“, in welcher Jeder, dem zu irgend einem Zwecke eine Baisse erwünscht ist, ein bereitwilliges Werkzeug zu finden pflegt. Einer Widerlegung bedürfen diese Ausstellungen für das deutsche Publikum nicht, und sei nur bemerkt, daß die Behauptung am Schluß über preussische Agenten in Wien und Ragusa in Betreff der Sache und der Personen völlig erlogen ist. Der „Agence Havas“ wird geschrieben: In den letzten Tagen seien Mobilisirungs- und selbst Kriegsgeschäfte im Umlauf gewesen. Dieselben würden zum großen Theil auf Rechnung der Börsenspeculation zu setzen sein; indessen schiene das bureau de la presse denselben nicht ganz fremd zu sein, und es frage sich daher, welchen Zweck man dabei haben könne, sie zu verbreiten. Dem Briefsteller sei gesagt worden, daß gewisse Politiker im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen eine starke

ationale und patriotische Stimmung erzeugen wollten, und deshalb das Gespenst des Erbfeindes aufsteigen ließen. In gewissen Kreisen ginge man weiter und fragte sich, ob nicht etwa, um den innern Schwierigkeiten zu entgehen, eine Diverston nach Außen gemacht werden solle. Am Schluß heißt es: „Gewiß ist, daß die slavischen Erfindungs-Bureaus in Ragusa und Wien organisiert worden sind, das erstere durch einen Herrn Bindau, Bruder des deutschen Consuls in Bayonne, das zweite durch einen Herrn Levyson, früheren wohlbekannten Correspondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Paris, beide officiële Delegirte des bureau de la presse. Man versichert mich, daß dieser Herr Levyson, der eben politisch aus Wien ausgewiesen ist, dies Schicksal nur auf Verlangen der russischen Botschaft erlitten haben könne“.

Königsberg, 14. Februar. [Resolution.] Eine sehr zahlreiche besuchte Bürgerversammlung beschloß auf Antrag des Prof. Möller folgende Resolution: „1) Die Versammlung findet in der neuen Synodalordnung schwere Gefahren und Nachteile für die protestantische Kirche. 2) Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß das Abgeordnetenhaus der Synodalordnung die staatliche Genehmigung verweigern werde.“

Düsseldorf, 14. Februar. [Freiherr von Ende] richtete an die Behörden, Beamten und Bewohner des Regierungsbezirks Düsseldorf folgende Abschiedsworte:

„Nachdem Sr. Majestät der Kaiser und König Allergnädigst geruht haben, mich zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau zu ernennen, verlaße ich heute meinen bisherigen Wirkungskreis, in welchem ich nach Kräften bemüht gewesen bin, die Erfüllung meiner amtlichen Pflichten mit der Achtung vor den Rechten und mit aufrichtiger Theilnahme für die Bedürfnisse meiner Mitbürger im Einklange zu erhalten.“

Die vielen Beweise des Wohlwollens und treuer Anhänglichkeit, die ich bis zu den letzten Tagen erhalten habe, erfüllen mich mit Freude und dem erhebenden Bewußtsein, daß mein Bestreben in weiten Kreisen mich ehrende Anerkennung gefunden hat.

Allen Behörden, Beamten und Bewohnern dieses Bezirks, welche mich durch freundliches Entgegenkommen beglückt und mich in meinem Wirken wohlwollend unterstützt haben, sage ich meinen aufrichtigsten Dank und bitte dieselben, mir ein freundliches Andenken zu bewahren und versichert zu sein, daß ich das Gedeihen dieses gelegentlichen Landesheimes und seiner Bewohner auch ferner mit großem Interesse verfolgen und all der Freundlichkeit, die ich hier in so reichem Maße erfahren habe, stets dankbar eingedenk bleiben werde.

Düsseldorf, den 9. Februar 1876.
Der Ober-Präsident der Provinz Hessen-Nassau.
Frhr. von Ende.

Köln, 14. Febr. [Domdechant Dr. Bellesheim] hatte eine erledigte Curie des hiesigen Domcapitels von dem letzteren im Monat October v. J. gemietet und gleich darauf bezogen. Gegen Anfang Januar ließ die hiesige kgl. Regierung dem Anmiether durch den betreffenden Polizeicommissar die Alternative stellen: entweder das bezeichnete Haus, welches von der Regierung als im Eigenthum des Fiscus stehend erachtet werde, innerhalb einer Frist von vier Wochen zu räumen, oder aber in vierzehn Tagen seine Bereitwilligkeit zur Aufschließung eines neuen Miethvertrages mit der Regierung zu erklären. Da der Anmiether über das nach seinem Dafürhalten der Domkirche zugehörnde Haus mit dritten Personen zu contrahiren nicht in der Lage zu sein behauptete, so wurde vorgeschrieben von der Polizei zur Beschlagnahme der fraglichen Wohnung geschritten.

Worms, 14. Februar. [Auslieferung.] Wie man der „Wormser Zeitung“ aus Alzey mittheilt, stünde die Auslieferung des Hrn. Erwin Westerborg an das königl. preussische Stadt-Gericht zu Breslau (woselbst er zuletzt Redacteur der „N. Bresl. Morgen-Ztg.“ war) zur Verhandlung einer ihm durch dasselbe zuerkannten, auf der Festung Glatz zu ersiehenden Freiheitsstrafe von 4 Monaten bevor.

Dresden, 15. Februar. [Hr. R. R. Hohent] der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reichs und von Preußen sind heute Mittag 12½ Uhr hier eingetroffen und vom König und der Königin, sowie vom Prinzen Georg und dessen Gemahlin am Bahnhof empfangen worden. Zum Empfang hatten sich daselbst auch der preussische Gesandte, die zum Ehrendienst befohlenen Personen, der Stadtkommandant, der Polizeidirector und der Oberbürgermeister eingefunden. Der König trug die Uniform seines ostpreussischen Dragoner-Regiments. Ein sehr zahlreiches Publikum hatte sich vor dem Bahnhofe versammelt und begrüßte das kronprinzliche Paar mit lebhaften Hurrahrufen. Hr. R. R. Hohent werden mit dem König und der Königin und dem Prinzen Georg und dessen Gemahlin heute Abend dem bei dem Kriegsminister v. Fabricé stattfindenden Maskenfeste beizuwohnen.

Aus Baden, 14. Februar. [Der Solibat.] Ein Karlsruher Blatt berichtet als Pendant zu der bevorstehenden Heirat des früheren katholischen Geistlichen Professor Oster: ein katholischer Militär-Geistlicher in Baden habe auf Anfrage bei der höchsten Militär-Behörde, ob er seine Stelle behalten werde, wenn er heirathe, eine bejahende Antwort erhalten.

Stuttgart, 14. Febr. [Das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz.] Nach dem Entwurfe des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes kann, nach einer Inhaltsangabe der „Frankf. Ztg.“, gegen die Minister oder Departementchefs, sowie gegen ihre Stellvertreter wegen einer durch Handlungen oder Unterlassungen wissenschaftlich oder aus großer Fahrlässigkeit begangenen Verletzung der Reichs- oder Landesverfassung, oder schwerer Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates bei dem Staatsgerichtshof Anklage erhoben werden. Zur Erhebung der Anklage ist jede der beiden Kammern berechtigt; dem betreffenden Beschluß müssen zwei Drittel der anwesenden Mitglieder beistimmen, wenn er gültig sein soll. Der Staatsgerichtshof besteht aus einem Präsidenten und 12 Mitgliedern; ersteren und 6 Mitglieder ernannt der König; die Kammern ernennen in gemeinschaftlicher Sitzung 18 Mitglieder, von denen der Kläger und der Beklagte je 6 verwerfen dürfen. Werden nicht 12 abgelehnt, so treten nach dem Loos so viele aus, daß 6 übrig bleiben. Sämmtliche Mitglieder des Staats-Gerichtshofs müssen die für ein Ständemitglied erforderlichen Eigenschaften haben, dürfen aber nicht Mitglieder der Ständeversammlung sein. Der Staatsgerichtshof kann nur auf Dienstentlassung erkennen, womit, wenn nicht ausdrücklich anders entschieden ist, Verlust des Titels, Ranges und des Pensionsanspruches verbunden ist. Der König darf in die Untersuchung nicht eingreifen und kann nur auf Antrag der Kammer, welche die Klage geführt hat, sein Begnadigungsrecht ausüben.

De s t e r r e i c h.

Wien, 15. Februar. [Der Handelsminister] hat heute die Gesetzentwürfe, betreffend die Erhöhung der Staatszinsengarantie für die Raschau-Oderberger Bahn und den Bau der Bahn Leobersdorf-St. Pölten, im Abgeordneten-Hause vorgelegt.

Der Commissarius der italienischen Regierung für die Verhandlungen über den Ankauf des italienischen Theils der Südbahn, Sella, ist heute vom Kaiser empfangen worden.

Prag, 15. Februar. [Brand.] Hier eingegangenen Nachrichten zufolge hat in der Baumwollspinnerei in Tannwald ein großer Brand stattgefunden, in Folge dessen gegen 400 Arbeiter broblos geworden sind.

I t a l i e n.

Rom, 9. Februar. [Calamitäten in der Geschäftswelt. — Parlamentarische.] Der Director der Trinactia, Herr Tagliarini, ist, so schreibt man der „Voss. Ztg.“, glücklich entkommen. Sich seiner zu versichern hat die Regierung, trotz der Gerüchte, welche zu seinen Lasten umliefen, für überflüssig gehalten. Nur mit Mühe und Noth hat man das Syndicat zusammengebracht. Erst gestern oder vorgestern konnte es sein Amt antreten. Man hofft von der Regierung das Zugeständnis zu erlangen, daß ungeachtet des Concurses die Fahrten wieder aufgenommen werden. Eine Entscheidung darüber ist noch nicht erfolgt. Mittlerweile folgt Katastrophe auf Katastrophe. Der officiellen Zahlungseinstellung des großen Schiffswerkes Orlando in Livorno schreint auch der Banquier Soria in Livorno zum Opfer gefallen zu sein. Der Telegraph meldet heute, daß der Chef des Hauses seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende gemacht hat. Die Handelskammer von Livorno verlangt von dem Marineminister Arbeit für die Werft Orlando, um die Schiffsbauer nicht alle dem Glend preiszugeben. Die Banca Nazionale hat durch Hrn. Bombini der Spartasse in Messina unter die Arme greifen müssen, um sie vor dem Sturze zu bewahren. In Genua hat die Banca italo-svizzera beschlossen, zu liquidiren. Aus Paris kommt die Nachricht des Fallissements von Dreyfus, bei der das Finanzministerium nur die Kleinigkeit von fünf Millionen Gold verliert, welche es bei dem Hause im Depot hielt zur Bezahlung der Coupons der Staatsrente. Kann man mehr Annehmlichkeiten wünschen? Welche und wie viele Calamitäten werden aus diesen Ereignissen noch entspringen? Man hatte Sella's Hierbleiben durch die österreichische Ministerkrise zu bemängeln gesucht, die sich als eine Einte herausgestellt hat. Genug, die Schwierigkeiten wachsen wie Pilze aus der Erde. Die Stunde der Wiedereröffnung des Parlaments rückt näher, man ist durchaus unvorbereitet und doch nöthigen die Ereignisse zur Einberufung, an welcher jetzt wieder hinsichtlich des Datums von Neuem gezwiebelt wird.

[Senatoren[schub. — Segetstrikte.] Im Ministerium des Innern bereitet man einen Senatoren[schub vor. Man spricht von nicht weniger als 70 neuen Ernennungen, während andere Quellen die Anzahl der Candidaten auf 18 reduciren. Es würde viel besser sein, diese Pfropfungsversuche gar nicht anzustellen. Der italienische Senat ist längst über das Stadium des Scheitobdes hinaus. Die alten Herren sterben weg wie die Fliegen, im vorigen Monat allein haben sieben das Zeitliche gesegnet, warum läßt man dem Sterbeetat nicht freie Hand, statt die abgefahrenen durch neue zu ersetzen, die um kein Tüchtigeres besser sein werden? Herr Cantelli theilt eben diese Ansicht nicht. Dafür, daß man seinen Duca Winspeare so schnöde abgewiesen hat im Palazzo Madama, dankt er den Senatoren einen ganzen Schub neuer Collegen zu verehren. Cantelli hat überhaupt seit einigen Tagen gar fähne Oben, es hieß, er wolle ein Reptilien-Cabinet unter der Leitung seines General-Secretairs, Co-brondis, einrichten, um alle ungenauen Mittheilungen der Presse officiell zu läutern. Wie liebenswürdig! Ob er die Fabrication der Mittheilungen auch damit verbinden will, weiß man noch nicht. Einwillen wird der Plan mit Entrüstung abgelehnt. Mit dem Florentiner Präfecten, Montezemolo, ist Cantelli ernstlich zerfallen. Der Herr im Palazzo Riccardi hat dem Minister den Stuhl vor die Thür gesetzt. Ich erinnere mich nicht genau, ob ich Sie schon darauf aufmerksam machte, daß das Telegraphenamt in Italien einer vollständigen Censur unterliegt. Hier wird dieselbe im Ministerium des Innern ausgeübt, in den Provinzen thun es die Präfecten. — Bei Gelegenheit des Segetstriktes in der Druckerei der „Gazzetta d'Italia“ in Florenz soll Montezemolo seine Schuldigkeit nicht gethan haben. Die strikenden Seget hatten nämlich an alle Segetereine der anderen Provinzen die Bitte ergeben lassen, den dortigen Segetern zu rathe, keine Engagements bei der „Gazzetta d'Italia“ anzunehmen. Der Präfect in Florenz ließ diese Telegramme durchgehen, die ministeriellen Schüzengel fasten sie aber trotz des Präfecten ab und Herr Montezemolo bekam einen gewaltigen Rüffel, auf den er mit der Entlassung antwortete. Daraus sieht man, was einem Präfecten widerfahren kann, wenn er einem Reptilienblatte auf die Fühneraugen tritt. Wer aber das Schüzengelamt zum Besten des Präfecten Montezemolo ausübt, hat man nicht erfahren.

Rom, 10. Februar. [Garibaldi.] Die „Stalischen Nachr.“ melden: Seit mehr als einem Jahre haben die Patrioten von Trastevere Geld gesammelt, um zum Andenken an die heldenmüthige Vertheidigung Roms gegen die Franzosen im Jahre 1849 ein Denkmal zu errichten. Dieses wurde gestern auf dem Janiculum eingereicht. Der General Garibaldi wollte, obgleich er an rheumatischen Schmerzen litt, bei dem Feste nicht fehlen und wurde von den Theilnehmern, etwa 300 an der Zahl, bei seinem Erscheinen mit enthusiastischen Gooivas empfangen. Er hielt eine Rede an die Versammelten und sagte, nachdem er die kriegerischen Ereignisse von 1849 kurz zusammengefaßt hatte:

„Ich bin immer intransigent gewesen. Nachdem ich nach republikanischen Grundsätzen gelebt und in Amerika der Republik gedient habe, konnte ich meine Meinung nicht ändern. Nur habe ich geglaubt, daß wir unsere republikanischen Gefühle zurückhalten mußten, weil zur Einigung Italiens die Monarchie notwendig war. Aber deshalb haben wir unsere republikanischen Grundsätze nicht verleugnet, weil sie die Principien der christlichen Leute sind. Es ist keine erbliche Regierung möglich, wenn sie nicht republikanisch ist. Aber wie dem auch sein mag, wir sind gezwungen, Vergleiche einzugehen, weil die Noth der Umstände sie verlangt. Heute sage ich Euch nicht, eine Revolution zu machen. Man muß sich den Zeitumständen anbequemen. Nichts desto weniger sage ich Euch, kämpft für den Fortschritt bis zum letzten Athemzuge, haltet Euch immer auf der Bahn des Fortschritts und laßt den Mut nicht sinken! Das Land senkt heute unter den Sprengungen und Ungerechtigkeiten der Regierung. Als wir mit der Monarchie den Vergleich eingingen, konnten wir von ihr verlangen, daß das Land wohl regiert würde; aber es ist es nicht. Die Monarchie muß ihre Laufbahn noch vollenden. Aber die heutigen Unioit und Polignac beschleunigen ihren Fall nur. Es braucht Beharrlichkeit, Brüder, es braucht, was die Engländer „Steadfastness“ nennen. Ich danke Euch für meinen Empfang und große Eud.“

Die Feierlichkeit verlief übrigens in bester Ordnung, und als wenige Minuten vor der Ankunft Garibaldi's ein Hofwagen mit dem kleinen Prinzen, dem Sohne des kronprinzlichen Paares, auf dem Wege nach der Villa Doria Pamfili über den Festplatz fuhr, spielte das Musikkorps der Reduci dalle patrie battaglie (der aus den Schlachten fürs Vaterland Heimgekehrten) den Königsmarsch auf, und der Prinz wurde von der versammelten Menge ehrerbietig begrüßt.

Provinzial-Beitung.

* **Breslau, 16. Februar.** [Professor Dr. Zellkamps +.] Einer der verdienstvollsten Lehrer unserer Universität und der hervorragendsten nationalökonomischen Schriftsteller, Herr Prof. Dr. F. L. Zellkamps, ist gestern in Berlin gestorben.

—d. **Breslau, 15. Februar.** [Schlesischer Centralverein für Gärtner und Gartenfreunde.] In der 3. diesjährigen Sitzung machte der Vorsteher, Baumkulturbesitzer Behnisch (Dürren), auf das massenhafte Vorkommen der Raupenraupen auf den Kirschenbäumen aufmerksam und rath, dieselben mit aller Energie zu vertilgen. Redner bemerkt, in Frankreich

Bei den Beförderung ein Tag festgesetzt, bis zu welchem man mit dem Verfall der Raupen fertig sein muß. Obergärtner Streubel (Carlowitz) wünscht, daß Seitens des Vereins die Landratsämter und Polizeibehörden auf die Calamität aufmerksam gemacht würden. Anlässlich dieser Erscheinung referirt der Vorsitzende nach Dr. Tschernberg's Entomologie über die Entstehungs- und Lebensweise des Colobator oder Weibspinnner oder Raupenfalter (Bombyx chrysorrhoea). Die trägen Schmetterlinge sitzen bei Tage im Laub der Bäume und Sträucher, aber auch an den Stämmen, während sie am späten Abend heftig fliegen umherfliegen. Das befruchtete Weibchen legt nach 8 Tagen als sogenannte „kleine Schwämme“ kleine runde, schmutzweiße Eier, eingebettet in die rothgelbe Wolle seiner Hinterleibsspitze an die Blätter der verschiedensten Obstbäume, der Rosen und Laubböcher, besonders der Eichen, Buchen, Kirschen, Schlehen etc. Diese „kleinen Schwämme“ enthalten bis 275 Eier. Nach 15 bis 20 Tagen kriechen die Raupchen aus, sind grünlichgelb, durch schwarzen Kopf und Rücken und vier Reihen schwärzlicher Punkte längs des Rückens ausgezeichnet. Anfänglich benagen sie die Oberhaut des Blattes, und da dasselbe mit seinen Rändern etwas höher steht, als die Oberfläche, so ziehen sie von einem Rande des Blattes zum andern Fäden, unter deren Schutz gegen Regen und Wind sie die Fläche des Blattes abweiden, so daß nur ein Skelett desselben übrig bleibt. Jetzt geht es zu dem Nachbarblatte, welches in gleicher Weise behandelt und, damit es nicht abfalle, mit mehreren Fäden um den Stiel an den Zweig angeheftet wird. Auch fangen die Raupchen schon an, sich eine Wohnung für den Winter, die sogenannten „großen Raupennester“, zu bauen. Sie ziehen zu dem als Weideplatz dienenden Blatte ein zweites und drittes Blatt durch Fäden heran und fertigen sich Kammern. Diese füllen sie inwendig mit Seidenweben aus und umwickeln sie von außen mit zahlreichen Fäden. Nie wird das Nest gänzlich verlassen; einige Raupen findet man stets darin, während andere aus- und einwandern. Im Monat August häuten sie sich zum ersten Mal, Mitte September hören sie auf, Nahrung zu sich zu nehmen, im October kommen sie an schönen Tagen aus dem Neste heraus, um sich zu sonnen und im November fallen sie im Nest in die Winter-Einstellung. Innerhalb des Nestes halten sie jeden Kältegrad aus. Im nächsten Frühjahr finden sich die Eierschwämme in der Mitte der Nester. In der Regel legen sich die Raupchen Anfangs April und fressen die Knospen aus. Ende April erfolgt die zweite, Ende Mai die dritte Häutung. Jetzt zerstreuen sich die Raupen, verlassen sogar den Baum ihrer Geburt und kriechen nun an den verschiedenen Pflanzen umher. Von Anfang bis Ende Juni erfolgt Verpuppung zwischen einem Knäuel von Blättern. Um sich vor der Gefährlichkeit der Raupen zu schützen, giebt es nur ein Mittel, nämlich das Abstreifen und Verbrennen ihrer Nester, welche Arbeit zwischen December und Ende März des nächsten Jahres geschehen muß. An Ziergärten und Spalieren lassen sich schon die Eierschwämme einsammeln. — Der Vorsitzende theilt ferner mit, daß bei ihm Crataegus, Sibirischer, Birnen mit Ausnahme bekannter fester Sorten, Apfel dagegen nur an jungen Bäumen durch die Kälte gelitten haben. Junge Bäume sind vollständig erfroren. Redner legte Nester von Catalpa und Alantibus vor, welche bei ihm nicht erfroren sind. Herr Streubel constatirt, daß bei ihm Syringa, Liguster und Holunder vollständig, Eichen bis auf die Spitze, die gegen Ästen sonderbarer Weise gar nicht gelitten haben. Dem Kunstgärtner Stante (Gräbchen) sind Pflänzchen unter schützender Decke erfroren. Die Annahme, daß bei erfrorenen Pflanzen die Zellen zerplatzen, ist, wie Herr Streubel bemerkt, unrichtig, es zerplatzt die Zellhaut (Chloroplasten) und geht in Säure über. — Obergärtner Schöbe (Breslau) theilt mit, daß die in der „Kulturrheinischen Gartenzeitung“ abgebildete Begonia Fröbelii zur Massenanzucht zu verwenden sei. Dieselbe stammt von den Hochplateaus der Anden in der Republik Ecuador, woselbst sie Nöhl entdeckte. Diese neue Pflanze bildet eine Knolle, wächst in ihrer Heimat in einer Höhe von 8- bis 10,000 Fuß und hat sich in den letzten Jahren als eine sehr harte, kalte Pflanze erwiesen. — Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag: „Einiges über den Nutzen und die Cultur der Brombeere“. Die Cultur ist ähnlich wie bei der Himbeere. Die Brombeere begnügt sich mit jedem Boden, trockener Boden ist vorzuziehen. Sie eignet sich besonders zur Anpflanzung an Eisenbahnschienen. Die Vermehrung geschieht durch Theilung und Stecklinge. Redner giebt die besten Sorten an, von denen folgende sich besonders durch Größe und guten Geschmack auszeichnen: New Rochelle oder Lawton, Dorchester, Kittatiny und Newmann's Phorless. Redner giebt ferner die Ansicht hin, daß, sobald diese Brombeeren in Deutschland bekannt geworden sein werden, sie sich derselben Beliebtheit erfreuen werden, wie in Amerika. Nach amerikanischen Berichten bringt ein Acker (circa 1 Morgen), mit Brombeeren bepflanzt, einen Ertrag von ungefähr 300 Dollars. — Von oberflächlichen Gartenbauvereinen zu Ratibor kam hierauf ein Eingangsbericht zur Mittheilung, ebenso ein Circular von Gebrüder Elsholz, Gärtner auf Olup p. Nyborg (Dänemark), worin Blumenstöpsel aus Kuchmist für Auspflanzungszwecke empfohlen werden. Von denselben werden auch Formen zur Selbstbereitung derartiger Stöpsel abgegeben. Einige der Anwesenden finden solche Stöpsel höchst praktisch.

Breslau, 15. Februar. [Handwerkerverein.] Am vorigen Montag hielt Herr Dr. S. Körner Vortrag über die Eingeweidewürmer, die bei Menschen vorkommen. Es sind dies die Bandwürmer, die Leistenwürmer und Spulwürmer, von welchen letzteren namentlich die Kinder geplagt werden. Schlechte Nahrung und Unreinlichkeit befördern ihr Gedeihen. In der Regel sind diese Spulwürmer unschädlich, nur wenn es ihnen gelingt, in die Leber sich einzubohren, werden sie Anlaß zu lebensgefährlichen Krankheiten. Der Vortragende theilte Fälle mit, wo die Section Beweise von ihrer Lästigkeit und Gefährlichkeit gegeben hat, sprach dann über die Symptome ihres Vorhandenseins und über die Kesselformel und die Rinde des Granatapfels als Gegenmittel. Am Schluß theilte in Folge einer Frage Herr Freyhan die Bedingungen zur Theilnahme am Unterricht mit. Am gestrigen Abend war der patriotische Dichter oder Declamator Hr. Fr. Scherenberg, ursprünglich ein Berliner Kaufmann und dessen epische Arbeiten Gegenstand des Vortrages Herrn Prof. Palm's. Am Ende beantragte Herr Freyhan noch einige Fragen, z. B. über Verwendung des Ueberflusses der Einnahme am Karnefest.

Liegnitz, 15. Februar. [Zur Tageschronik.] Unsere Kirche zu St. Peter und Paul feiert im Jahre 1878 ihr 500jähriges Jubiläum. Man zeigte eine allgemeine Neigung der besonders in ihrem Innern renovationsbedürftigen Kirche bis zu ihrem Jubeltage auch ein äußerliches festliches Gepräge zu geben. Der königl. Bau Rath Kühne hat auch ein darauf bezügliches Project mit Kostenanschlag zur Verfügung gestellt. Dasselbe erfordert aber bei dem selbst nur mäßig gehaltenen Verschönerungsbedürfnissen einen Kostenaufwand von 125,000 Mark. Leider ist alle Aussicht vorhanden, die allseitig schon freudig begrüßte Ausführung dieses Projectes an der Höhe der Kosten scheitern zu sehen. Der vorhandene Kirchenrenovationsfond beträgt nur 30,000 M. Der Magistrat als Patronatsbehörde lehnt in Berücksichtigung der kirchlichen Verhältnisse hier obwaltenden Verhältnisse die Uebernahme des Mehrkostenbetrages Seitens der evangelischen Verpflichteten mit der Hinweisung ab, daß die beschätzten Verschönerungen respective Verbesserungen zwar wünschenswerth, doch nicht unbedingt notwendig seien. Die vorzunehmende Renovation wird sich demnach nur darauf beschränken, die als unbedingt notwendig sich herausstellenden Reparaturen an Fenstern, Thürnen etc. vorzunehmen. Gleichwohl hat man die von allen Kunstfreunden gebilligte Ansicht, die in der unmittelbaren Umgebung der Kirche befindlichen Kunstdenkmäler dem weiteren nachtheiligen Einflüsse der Witterungsverhältnisse zu entziehen. — Prinz Carneval findet in diesem Jahre in unseren Mauern eine mehrseitige freundliche Aufnahme. Das Comité, welches im vorigen Jahre den großen Subscriptions-Maskenball zur Befriedigung aller daran Theilgenommenen arrangirt hatte, hat sich der Aufgabe auch in diesem Jahre unterzogen, ein auf große Dimensionen berechnetes Carnevalsfest in Scene zu setzen. Dasselbe findet den 26. v. M. Abends im hiesigen Schießhaus statt. Die in pantomimisch-komischen Tänzen und Pariser Carnevalsfiguren bestehenden Aufführungen werden unter Leitung des königl. Hofballmeister G. Ambrosio von den ersten Mitgliedern und Corvillen des Breslauer Stadttheaters ausgeführt. Die Zahlung von 3 M. und die eingehende Bedingung, maskirt zu erscheinen, berechtigt zur Theilnahme; nur älteren Herren und Damen ist ausnahmsweise gestattet, im Ballanzuge mit Maskenabzeichen erscheinen zu dürfen. Zuwacher haben 3 M. zu zahlen. Dem Vernehmen nach sind die Anmeldungen zur Theilnahme bereits zu zahlreich eingegangen, daß das Comité die Erwartung haben darf, die großen Untiofen des Unternehmens gedeckt zu sehen. Der „Völgelgefangen-Verein“ und der Verein „Gesangfreunde“ halten ebenfalls Maskenbälle ab. — Der Quisquill Spitzelndorf und die Gemeindebezirke Spitzelndorf und Dahme sind mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien von dem Standesamtsbezirke Seifersdorf abgetrennt und mit dem Standesamtsbezirke Parchwitz vereinigt worden.

X. Neumarkt, 15. Februar. [Tageschronik.] Am 13. d. M. fand das 14. Stiftungsfest des katholischen Gesellenvereins zu Neumarkt im Baumischen Saale statt. Dasselbe wurde durch Theater, Gesang, Declamation und Vorführung lebender Bilder begangen, und endete mit einem Tanzvergnügen. Die öffentliche Theaterdarstellung war sehr zahlreich besucht. — Director Blume vom Stadttheater zu Liegnitz beginnt einen zweiten Cyclus von

Abonnements-Theater-Vorstellungen im Baumischen Saale und zwar mit dem Rosen'schen Lustspiel „Sitronen“.

s. Waldenau, 15. Februar. [Attentat.] Gestern Vormittag gelangte hierher die Nachricht, daß wiederum in der Nähe, und zwar diesmal beim Kreuzer'schen Garten in Neu-Weißstein, auf ein Mädchen ein Attentat verübt worden sei. Letzteres bestand, wie man erzählt, in Anträgen, die ein neunzehnjähriger Bergmann dem Mädchen machte, von diesem aber abgelehnt wurden. Der Attentäter wurde von zwei befreundeten Fabrikarbeitern ergriffen und der hiesigen Polizeibehörde überliefert. — Gestern Nachmittag fand man hier in einem Abort die Leiche eines neuen, „ornen Kindes“, nachdem vorher ein hiesiges Dienstmädchen, die mutmaßliche Mutter des Kindes, in dem städtischen Krankenhaus untergebracht worden war.

— r. Ramlau, 15. Febr. [Spar-Gesellschaften.] Die Vorstandsahlen zur katholischen Kirche. Wie anderwärts, so ist auch an unserem Orte dem Publikum vielfache Gelegenheit zum Sparen geboten. Neben der seit langen Jahren hier bestehenden städtischen Sparcasse, die auch der hiesige Vorshubereit bereits im Jahre 1866 eine Sparcasse begründet, bei welcher jeder Zeit Spar-Einlagen unter 50 Thlr. angenommen und mit 4 pCt. verzinst werden. Dazu sind im Jahre 1874 noch zwei neue Spar-Gesellschaften, die eine „Parfimonie“, die andere „Spar-Verein zu Ramlau“ genannt, getreten. Die „Parfimonie“ besteht aus einer Gesellschaft von 20 Personen, welche für gemeinschaftliche Rechnung binnen möglichst kurzer Zeit 20 Stück Großherzoglich Oldenburgische 3procentige 40 Thaler-Loose zu erwerben sucht. Der Spar-Verein besteht aus 100 Personen, welche ebenfalls für gemeinschaftliche Rechnung in möglichst kurzer Zeit 100 Stück Rön-Mündener 3 1/2 procentige 100-Thaler-Prämien-Scheine zu erwerben suchen. Bei monatlichen Beiträgen von je 1 Thaler befinden sich im Besitz der ersten genannten Gesellschaft bereits 13 Stück Oldenburgische, im Besitz der letztgenannten Gesellschaft bereits 26 Stück Rön-Mündener Prämien-Scheine. Die Mitglieder beider Gesellschaften spielen die angekauften Loose-Gattungen bis zum Erwerb des letzten Stückes derselben gemeinschaftlich und erst dann erfolgt die Auszahlung eines Loosees an ein jedes Mitglied der sich dann auflösenden betreffenden Gesellschaft. Der Begründer dieser gemeinnützigen Vereine ist Herr Prediger und Curator Dobischall hieselbst und war es dabei hauptsächlich auf die Theilnahme von Christen und Lehrern abgesehen, jedoch sind auch andere, diesen Kreisen näher stehende Personen beigetreten. Zu einem ähnlichen Unternehmen hatten sich auch die Vorstands- und Ausschuss-Mitglieder des hiesigen Vorshubereit-Vereins und ebenso die Mitglieder des Männer- und Jünglings-Vereins verbunden und in gleicher Weise eine Anzahl Braunschweiger 20 Thlr.-Loose erworben, die bereits zur Vertheilung gelangt sind. — Auf Grund des Artikels 12 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 werden im heutigen „Stadtblatte“ die Namen der bei der vom Regierungskommissar angeordneten Neuwahl am 30. v. M. wählten Kirchenvorsteher und Gemeinde-Vertreter veröffentlicht. Zu ersterem Amte sind gewählt die Herren Kaufmann J. Döbel, Kaufmann Ferdinand Grünzer, Eisenbedenmeister Ferdinand Krichler, Kaufmann Lange, Rechtsanwält Schneider hieselbst, Anzähler Jaroß in Lanlau, Stellenbesitzer Franz Peter in Neu-Marchwitz und Bauer-gutsbesitzer Johann Pospich in Polnisch-Marchwitz. Auffällig ist es, daß, während bei der ersten Wahl im November vorigen Jahres, gegen 160 ultramontane, d. h. grüne und beziehungsweise rothfarbige Stimmzettel abgegeben worden waren, diesmal bei der Wahl der Kirchenvorsteher nur 128 Stimmzettel, bei der Wahl der Gemeindevertreter aber gar nur 92 Stimmzettel abgegeben worden sind, wovon sich noch 7 und resp. 4 Stück als ungültig erwiesen.

Literarisches.

[Geschichte der europäischen Staaten.] Herausgegeben von Heeren, Ukart und Giesebrecht. Siebenunddreißigste Lieferung.

I. Abtheilung: Geschichte Griechenlands seit dem Absterben des antiken Lebens bis zur Gegenwart von Gustav Friedrich Herzberg. I. Theil. Von Kaiser Arcadius bis zum lateinischen Kreuzzuge. gr. 8. geb. XII. 419 S.

II. Abtheilung: Geschichte Toscanas seit dem Ende des florentinischen Freistaates von A. v. Neumont. I. Theil. Die Medici. 3. 1530-1737. 654 S. Gotha 1876. Friedrich Andreas Bertels.

I. Während die Geschichte der europäischen Staaten bisher fast alle selbstständigen Staaten Europas umfaßt und sich mitunter auf einzelne kleinere, wie Sachsen oder gegenwärtig von der Karte Europas verschwundene, wie Polen, ausdehnte, fehlte noch ein Glied in der Reihe, die Geschichte Griechenlands im Mittelalter und in der Neuzeit. Es fehlte überhaupt eine solche spezielle Geschichte auch außerhalb dieses Unternehmens; denn die vorhandenen Werke behandeln, wie Zinkeisen, Fallmerayer, Finlay, entweder nur gewisse Zeiträume oder geben über Jahrhunderte nur flüchtig fort, wie Wendelschön-Bartholdy. Hier finden wir jetzt ein Buch, das in höchst ansehnlicher Weise in Beziehung auf Geschichte, Sprache, Cultur und Religion auf Grund sorgfältiger Forschungen über Griechenlands Schicksale Kunde giebt.

Zu dem vorliegenden ersten Bande der Geschichte Griechenlands von Herzberg giebt der Verfasser in der Einleitung einen Auszug aus seinem kürzlich mit dem dritten Bande vollendeten Werke „Geschichte Griechenlands unter der Herrschaft der Römer“, d. h. eine Uebersicht der Schicksale Griechenlands von der Zerstörung Korinths bis zum Einbruche Alarichs und der geographischen Verhältnisse des Landes. Im ersten Buche, welches die Geschichte von der Theilung des römischen Reiches bis zum Ausgange des Kaisers Basilios I. behandelt, kommt der Verfasser nach einer Darstellung der verschiedenen Einbrüche fremder Nationen in das Land wie der Christianisirung desselben auf die Streitigkeiten der Gelehrten über die Theorie der vollständigen Aukroton der Hellenen und deren Erzeugung durch Slaven und Albanesen zu sprechen. Diese Ansicht, welche namentlich von Fallmerayer in seiner Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters (1830-36) aufgestellt und verfochten wurde, hatte eine große Aufregung sowohl in Griechenland als in den philologischen und philologischen Kreisen des Abendlandes, ja selbst in der Diplomatie erregt. Nach dem zuerst sehr heftigen, dann aber allmählig ruhiger werdenden Kampfe stellte sich indeß heraus, daß die Theorie Fallmerayers nur in sehr beschränktem Umfange auf Richtigkeit Anspruch machen kann. Der Verfasser kommt darauf auch an mehreren Stellen zurück, indem er alle Punkte speciell untersucht, welche geeignet sind, jene Theorie zu beschränken. So bespricht er bei der Geschichte des siebenten Jahrhunderts den Umfang und die Art der bisher erfolgten Slawisirung Griechenlands und im achten Jahrhundert die Haltung hellenischer Reste auch im Innern des Peloponnes, ungeachtet der Ueberflutung gerade der inneren Landestheile durch slowenische Stämme, durch deren Niederlage von Patra (805) ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der Hellenen eintritt. In der Folge wird dann noch der Niederwerfung eines großen Slawenaufstandes im Peloponnes durch die Befehlshaber der Slaven zum Christenthum und einen neuen Aufschwung des Hellenenthums der entscheidende Schritt zur Hellenisirung der daselbst noch verbliebenen Slaven gethan. Hierbei findet auch die Schilderung der sozialen Lage, der Verwaltung und der kirchlichen Stellung in den Streitigkeiten und Conflicten des römischen Papstes mit dem Patriarchen von Konstantinopel den ihr gebührenden Platz.

Das zweite Buch umfaßt die Geschichte vom Ausgange des neunten bis zum Beginn des dreizehnten Jahrhunderts und beginnt mit einer interessanten Darstellung der beginnenden Vermischung der Hellenen mit den Slaven Griechenlands, welcher sich in den weiteren Capiteln u. a. Mittheilungen über völlige Unterwerfung der Bulgaren, den Aufschwung Griechenlands, den griechischen Adel, die entscheidende Trennung der griechischen von der römischen Kirche, die Entleerung der neugriechischen Sprache, Veränderung der Ortsnamen anschließen. Nach dem dritten (letzten) Capitel fällt in die Zeit der beginnenden Normannentriege die höchste Culturblüthe Griechenlands im Mittelalter, welche aber durch den unerhörten Steuerdruck namentlich in Nikopolis und Hellas wieder gebrochen wurde. Die Stadt Athen war dadurch ungeachtet ihrer alten Rechte so herabgekommen, daß sie bei der Thronbesteigung des Isaac Angelos (1185) nicht im Stande war, den üblichen goldenen Kranz für denselben zu beschaffen. Mit der Darstellung der Folgen, welche die Gründung des lateinischen Kaiserthums in Konstantinopel für Griechenland hatte, schließt der erste Band. Dem Erscheinen des zweiten wird im nächsten Jahre entgegengekehrt.

II. Die Betrachtung der Geschichte des Landes Toskana während der zwei Jahrhunderte, welche auf den Untergang der florentinischen Freiheit folgten, und in welcher die medicische Alleingewalt gegründet wurde, sich ausbildete, aber in den späteren Medici wieder niederging, ist die Aufgabe des Abends von Neumont'schen Werkes. Von dem Augenblicke an, da die Medici ihren Höhepunkt erreicht, die Freiheit geübt haben, beginnt auch das Herabsteigen. Aber dies begabte Geschlecht, das einzige italienische, das seine Stellung und wahre Größe nicht Waffen noch Gewalt verdankt, aus dem Volk hervorgegangen, im Volke wurzelnd, bewahrt danach eine Bedeutung; das Land, welches dem italienischen Mittelalter die Fabel vorangetragen, genießt noch reicher und reifer Früchte dessen, was es selber geübt und gepflanzt hat. Die Medici haben einen Staat geschaffen, dessen politischer Einfluß weit über seine materielle Macht hinausgegangen ist. Toskana

hat aus den Stämmen, welche im sechzehnten Jahrhundert die nationale Unabhängigkeit der Halbinsel vernichteten, ihre Blüthe findeten, doch die Tradition der schönen Tage und im Verein mit seinen Herrschern seine Eigenart gerettet, die ihm in schlimmen Zeiten eine bevorzugte Stellung gesichert, in besseren rasches Wiedergewinnen desjenigen erleichtert hat, was auf immer verloren schien.

So charakterisirt der Verfasser des Werkes die Medici, beruht einzelne Mittheilungen nach einer einleitenden Schilderung der vorausgegangenen florentinischen Zustände und Begebenheiten, dem Leser in ihrem Staats- wie Privatleben vorgeführt werden. Da sehen wir Alessandro de Medici, den ersten erblichen Herzog, der nach kurzer Thätigkeit sich einem sittenlosen Lebenswandel ergiebt und von seinem unzertrennlichen Better und Gefährten ermordet wird; seinen Nachfolger Cosimo, den nach 32jähriger thatenvoller Regierung der Papst Sixtus V. zum Großherzog von Toscana trönt, und den der Verfasser als das Musterbild des Fürsten des 16. Jahrhunderts mit seinen Tugenden und Sünden bezeichnet. Es bedurfte nicht geringer Anstrengungen und ungewöhnlicher Geistesgaben, um aus widerstrebenden Theilen ein Ganzes zu bilden und dasselbe im Conflict großer Mächte, unter Befiegung des innern Antagonismus zu befestigen und nach beiden Seiten, nach innen wie außen zu sichern. Cosimo hat dies vollbracht; er hat ein Chaos vorgefunden und seinem Nachfolger einen gut geordneten Staat übergeben. Wüthender hat er auch schlimme Mittel gebraucht, aber nicht aus Lust am Bösen, sondern weil er sie seinem Zweck nöthig erachtete. Mit seinem Nachfolger Francesco, der bereits seit 10 Jahren die Regentschaft führte, als sein Vater starb, beginnt das zweite Buch der Geschichte; der Verfasser meint, daß derselbe mit seinem Vater nur das Interesse an der Kunst und an den physikalischen Wissenschaften theilte. Nach und nach bereitete sich der Niedergang der Blüthe Toscanas vor und schon unter Cosimo III. herrschten traurige Zustände im Innern. Die Heirath seines Sohnes Johann Gallo mit der „ungebildeten unehelichen, herrschsüchtigen und nur an lärmenden Vergnügungen auf ihren böhmischen Festungen Gefallen findenden“ Anna Maria Francisca von Sachsen-Lauenburg, Wittve des Pfalzgrafen Wilhelm von Neuburg, besiegelte das Geschick der Medici. Da Gallo keine Erben hatte, so wurde bei den Wiener Friedens-Unterhandlungen festgesetzt, daß dem Hause Lothringen zur Entschädigung für den bisherigen Besitz, welcher an Frankreich fallen sollte, Toskana gegeben würde. Als Gallo, der letzte Medici, im Jahre 1737 starb, übernahm Franz Stephan von Lothringen dessen Erbschaft.

In den letzten drei Capiteln folgt eine Schilderung der ökonomischen und kirchlichen Verhältnisse, der literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen, des Lebens und der Sitten der Regierung der Medici.

Wir sind mit großem Interesse diesen Darstellungen gefolgt und empfehlen das Buch, welches sich durch Reichhaltigkeit des Stoffes aus Quellenstudien und angenehme Schreibweise auszeichnet, allen Verehrern einer wissenschaftlichen wie gebiegenen Unterhaltungsliteratur. In einem weiteren Bande soll sich dann die Darstellung der Herrschaft des Lothringisch-Burgischen Hauses anschließen.

Dr. C. S.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 15. Februar. Die „Presse“ meldet: Die Escomptebank Wandsdorf stellte ihre Zahlungen infolge großer Kündigungen von Einlagen ein. Das Institut soliden Rufes hatte Rescompte bei der Nationalbank (1/2 Million), bei der Prager Filiale der Credit-Anstalt, der Anglo-Bank und der böhmischen Escompte-Bank. Das Reichsraths-Mitglied Herbst intervenirte beim Ministerium wegen eines Staats-Vorschusses. Der Statthalter von Böhmen sagte Verwendung zu.

Rom, 15. Februar. Der gestrige Ball auf der deutschen Botschaft war äußerst glänzend. Das kaiserliche Paar, der Prinz von Württemberg, das gesamte diplomatische Corps, der Ministerpräsident, der Marineminister, der Minister des Auswärtigen, der Minister für die öffentlichen Arbeiten und andere hervorragende Persönlichkeiten waren auf demselben erschienen. Die Zahl der Anwesenden betrug gegen 700.

Brüssel, 15. Februar. Die am letzten Sonntag in Mecheln stattgehabten Ruhestörungen gaben in der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer Anlaß zu einer Interpellation des Deputirten Wasseige (von der Rechten), in deren Erwiderung der Minister des Innern eine strenge Bestrafung der Schuldigen verheißt, jedoch noch nähere Berichte abwarten zu müssen erklärte. Da der Deputirte Kerywyn (Rechte) die Liberalen indirect als Urheber jener Ruhestörungen bezeichnete, kam es zu einer sehr erregten Debatte, bei welcher namentlich der liberale Deputirte van Humbeck die Rechte lebhaft angriff.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend den internationalen Vertrag über die Besteuerung des Zuckers mit 64 gegen 23 Stimmen angenommen. 3 Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten.

Madrid, 15. Februar. Der König eröffnete die Cortes mit der Thronrede; er weist auf die Aussichtslosigkeit und die Ohnmacht der Carlislebewegung hin; er werde demnach aufbrechen, um mitzuwirken, den Frieden wiederherzustellen. Die auswärtigen Beziehungen seien freundschaftlich, die Verhandlungen mit den Unionsstaaten schreiten befriedigend fort. Hinsichtlich des Vatican's sei eine baldige zufriedenstellende Lösung der schwebenden Frage, worüber die Vertreter beider Regierungen verhandeln, zu erhoffen unter Bedingungen, welche den Interessen des Staates und der Kirche gerecht würden. Die Regierung werde sich beeilen, die schwierige finanzielle Situation vollständig darzustellen. Nur der innere Friede, dessen Wiederherstellung bevorstehe, könne zur Besserung der nöthigen Hilfsquellen eröffnen. Der Patriotismus der Cortes werde dazu beitragen, in das Budget des Landes das Gleichgewicht zu bringen und dahin zu führen, die Gläubiger möglichst zu befriedigen. Das werde geschehen, ohne die Entwicklung der productiven Kräfte des Landes außer Acht zu lassen.

Madrid, 15. Februar. Es wird bestätigt, daß Queleba am 13. Februar bedeutende Erfolge errang und Elgueta wegnahm, während Roma Elgoibar, Moriones Zumaya besetzte. Die Carlisten sind aus Biscaya und von der cantabrischen Küste vertrieben und concentrirten sich auf den höchsten Bergen Navarras.

New-York, 15. Februar. In dem Berichte des Schatz-Secretärs Brifson an das Repräsentantenhaus wird hervorgehoben, daß die vorjährige Zollerhöhung um 10 Procent auf einzelne Einfuhrartikel eine Abnahme der Einfuhr und fiskalische Verluste herbeigeführt hat.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Wien, 15. Febr. Dem „Tageblatt“ wird telegraphirt, daß der Versuch Ali Pascha's, den Frieden herbeizuführen, resultatlos geblieben sei. Die Insurgenten erklärten, die Waffen nicht niederzulegen, so lange die Türken herrschen.

Wien, 15. Febr. Die Verhandlungen der ungarischen Minister über die Banfrage werden als zwanglose Besprechungen bezeichnet. In den Conferenzen ist nichts Positives erzielt worden und haben die Minister ihre Rückreise angetreten.

Wien, 15. Febr. Die Verwaltung der Staatsbahn avisirt vom nächsten Wochenausweis schon jetzt eine Mindereinnahme, weil der Verkehr in den ersten Tagen der Woche, ebenso wie in der vorigen Woche, gestört ist. Eine weitere Störung ist durch einen Eisenbahn-Zusammenstoß verursacht.

Brüssel, 15. Febr. Bei dem gestern stattgehabten katholischen Festmahl in Mecheln kam es zu einem blutigen Handgemenge zwischen Katholiken und Liberalen. 15 Personen wurden verwundet.

Konstantinopel, 15. Febr. Es wird officiell zugestanden, daß der Sultan vorige Woche in Lebensgefahr schwebte. Die Gefahr ist zwar jetzt beseitigt, doch werden noch 8 bis 14 Tage zur Heilung erforderlich sein.

1. Februar 31 bez. und Br., per März 28 bez., 28½ Br., per April 28½
 Br., pr. September 31 Br. Weichend.
 Bremen, 15. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlussbericht.) Stien-
 hard white loco 12, 75, pr. Februar 12, 50, pr. März 12, 10, pr. April 12
 10. Rubia loco

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.